

Inhalt:

„Alle Bezirke sind betroffen“, Interview mit Eben Louw, Seite 1

Der Öffentlich Geförderte Beschäftigungssektor muss erhalten bleiben, Seite 3

Der Untergang des Abendlandes, Seite 4

Kein Wir ohne Uns

Newsletter des Migrationsrats Berlin-Brandenburg e. V.

„Alle Bezirke in Berlin sind betroffen“

Eben Louw über die Demographie der Opfer und Täter rassistischer Gewalt

Um was für eine Stelle handelt es sich bei der psychologischen Beratung für Opfer rassistischer, rechtsextremer, antisemitischer Gewalt?

Die Stelle ist – wie auch ReachOut – angebunden an Ariba e.V. Wir sind eine Erstkontaktstelle zur Beratung von Opfern rassistischer, rechtsextremer oder antisemitischer Gewalt. Meine Aufgabe ist es eine psychologische Beratung für diese Opfergruppe zu stellen.

Seit wann arbeitest du in diesem Bereich?

Seit 2007. Vorher war ich ehrenamtlich beim Bund gegen ethnische Diskriminierung beschäftigt.

Was genau ist rassistische Gewalt?

Die Motivation der Täter_innen spielt eine Rolle. Es geht um Attacken, die die Identität von den Menschen angreifen, bei denen gezeigt wird, dass dieser Mensch mit seinen Merkmalen unerwünscht ist.

Wer beansprucht deine Hilfe?

Es ist schwierig etwas zur Demographie der Gruppe zu sagen. Denn jede/r, die Opfer rassistischer Gewalt wird, kann hierher kommen. Aber bei einem Rückblick über die letzten Jahre, kann ich schon sagen, dass die Hilfe mehr von Migrant_innen in Anspruch genommen wird. Meistens handelt es sich um Leute, die entweder als Kinder oder als Erwachsene nach Deutschland eingereist sind.

Also eher die erste als die zweite Generation?

Es melden sich auch Menschen aus der zweiten und dritten Generation. Nur viel weniger.

Aus welchem Bereich kommen sie? Was ist der Status?

Der Aufenthaltsstatus und die Motivation für die Migration spielt überhaupt keine Rolle.

Spielt es eine Rolle wie lange sie schon hier sind?

Schwer zu sagen. Ich habe mir einiges dazu überlegt, aber das wird immer wieder auch nicht bestätigt. Ich denke ein Grund, weshalb Leute, die frisch in Berlin sind, sich nicht so schnell melden, liegt darin, dass sie die Hilfemöglichkeiten nicht kennen. Oft gibt es Schwierigkeiten mit der Sprache. Die Idee, dass mit höherer kultureller Anpassung auch mehr Rechte eingefordert werden, hat sich bisher nicht bestätigt. Aber auf diesem Gebiet wird auch nicht viel geforscht.

Auf welchem Gebiet?

Ab welchem Zeitpunkt Menschen, die migriert sind, schneller Hilfe suchen. Abgesehen davon gibt es eine große Hemmschwelle für Psychologische Beratungen im Allgemeinen. Man geht nicht einfach zur Psycholog_in. Man kommt nicht unbedingt auf die Idee, dass man nach einem körperlichen, rechtsextremen oder rassistischen Angriff, psychologische Hilfe benötigen könnte.

Spielt vielleicht die soziale Zugehörigkeit eine Rolle?

Nein. Wir haben Student_innen. Wir haben Menschen mit Arbeit, ohne Arbeit,



Eben Louw, psychologischer Berater für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Flüchtlinge, Leute, die im Asylverfahren stecken, in jedem Alter. Weniger Kinder. Die sind meist hier, wenn sie Zeug/innen geworden sind, also wenn z. B. ihre Eltern angegriffen wurden.

Wie kommen die Leute hierher?

Über unser Netzwerk an Beratungsstellen. Über die AWO, über Flüchtlingsberatungsstellen, über die Homepage etc.

Also immer über Multiplikator_innen. Was ist mit Ärzt_innen oder mit der Polizei?

Selten, aber das passiert auch. Z. B. dass jemand einen Flyer irgendwo sieht und kommt. Aber, dass eine niedergelassene Ärzt_in mir jemanden schickt, kommt nicht vor.

Was ist die „Demographie der Täter_innen“?

Das kann jede/r sein, weil rassistische Gewalt von jeder Gruppe ausgeübt werden kann. Die Demographie ist so breit, wie es Menschen gibt.

Oft wird der Eindruck erweckt, in den Medien z. B., dass rassistische Gewalt nur von Neonazis ausgeht, wie ist die Erfahrung hier?

Nein, die Täter_innen sind nicht hauptsächlich Nazis. Das sind oft Leute, die nicht als Nazis auffallen, aber ein rassistisches Gedankengut haben. Natürlich gibt es hier auch Opfer von Nazis oder organisierten Schlägergruppen, aber genauso auch Leute, die z. B. Partygänger_innen oder ähnliches sind. Auch haben wir Fälle, wo Menschen von Nachbar_innen angegriffen werden. Auseinandersetzungen, wo Leute nicht nur einmal, sondern mehrfach Opfer von Gewalt werden. Es handelt sich also wirklich nicht um ein Phänomen, das sich ausschließlich am rechtsextremen Rand abspielt.

Auch nicht hauptsächlich?

Überhaupt nicht. Das kann man wirklich nicht sagen.

Gibt es Orte, wo sich die Überfälle häufen in Berlin. Gibt es Orte, die als sicher

gelten?

Ich weiß nicht, was „sicher gelten“ heißen soll. ReachOut hat einmal eine sehr schöne Ausstellung von Tatorten gemacht. Wenn man sich das anguckt und auch wenn ich zurückdenke an die Klient_innen, die ich hatte, sind alle Bezirke in Berlin betroffen. Eine Attacke in einem Bezirk ist schon zu viel. Auch bspw. Kreuzberg ist nicht sicher vor rassistischer oder rechtsextremer Gewalt. Auch Neukölln nicht.

Gibt es eine Entwicklung seit du diese Stelle inne hast (2007)? Hat die Gewalt zugenommen, abgenommen, ist sie gleich geblieben?

Die Nachfrage nach psychologischen Beratungen hat einen leichten Anstieg erfahren. Das kann aber auch damit zu tun haben, dass das Projekt mehr an die Öffentlichkeit kommt. Vor 2008 hatten wir nicht einmal einen Flyer. Auch heute haben wir kaum Geld für die Öffentlichkeitsarbeit. Aber es hat sich etwas getan. Außerdem ist die psychologische Beratung an sich eine Form der Dienstleistung, die mehr oder weniger losgelöst ist von dem, was aktuell geschieht. Wir haben Klient_innen, die vor Jahren Opfer geworden sind, aber heute noch den Leidensdruck spüren und nie wussten, dass es Hilfe gibt, die das einfach hingenommen haben: Ja, ich bin Opfer von Gewalt geworden, aber Gewalt ist Teil des Lebens. Wenn man sich bspw. die Diagnostik von posttraumatischen Verhaltensstörungen anschaut, dann kann es auch noch nach Jahren zu Symptomen kommen.

Was würdest du einer Person empfehlen, die rassistische Gewalt erfährt, vielleicht aber nicht das Gefühl hat psychisch belastet zu sein? Sollte man in jedem Fall eine Beratungsstelle aufsuchen, weil man nicht absehen kann, wie sich das in den Folgemonaten entwickelt?

Das muss jede_r für sich entscheiden. Ich kann nur empfehlen den Leidensdruck oder auch das Leid nicht zu unterschätzen und ernst zu nehmen. Die Leu-

te haben unterschiedliche Symptome: Schmerz, Schlaflosigkeit. Sie wissen oft nicht wirklich, dass es mit dem Vorfall zu tun haben kann. Da hilft Psychoedukation.

Was heißt das?

Eine psychologische Aufklärung: Was passiert mit mir nach einer Gewalttat?

Das hilft auch Zweifel zu verhindern: Bin ich jetzt verrückt? Alle Menschen sind so gestrickt, dass man bei Gefahr ein bestimmtes Muster an Reaktionen zeigt. Das natürlich breitgefächert ist.

Ist Psychoedukation das, was hauptsächlich hier in dieser Beratungsstelle betrieben wird?

Wir machen unterschiedliche Dinge: Wir klären auf, wir bieten Menschen die Möglichkeit, die Traumata zu bewältigen.

Therapie?

Man muss nicht alles Therapie nennen. Häufig geht es um ein paar Termine, Trauma Counselling (Beratung). Natürlich hat das immer wieder thera-

peutische Ansätze. Wir bieten eine Traumatherapiegruppe an. Für Menschen, die in der Einzelbehandlung merken, sie brauchen noch mehr. Sie möchten sich vielleicht mit anderen austauschen. Dann treffen sie sich alle zwei Wochen verteilt über ein Jahr.

Was wir auch machen, ist das sog. „Clearing“, also der Versuch herauszufinden, was die optimale Behandlung für den jeweiligen Menschen ist, denn wir können hier nicht jede Behandlung anbieten. Dann vermitteln wir die Leute weiter.

Wie viele Leute arbeiten hier in diesem Projekt?

Eine feste Anstellung habe nur ich. Des Weiteren gibt es eine Assistentin, die zwei Mal die Woche hier ist. Außerdem gibt es eine Co-Therapeutin auf Honorarbasis, die die Therapiegruppe leitet und als Honorarkraft eingestellt ist. Und in bestimmten Fällen arbeiten wir mit Dolmetscher_innen.

Das Gespräch führte Deniz Utlü

 **Psychologische
Beratung**

Für Opfer rechtsextremer,
rassistischer & antisemitischer Gewalt

Oranienstr. 159 10969 Berlin

*Tel: 0 30.92 21 82 41 (Anruf-
beantworter)*

Fax: 0 30.69 56 83 46

www.opra-gewalt.de

info@opra-gewalt.de

Der Öffentlich Geförderte Beschäftigungssektor muss erhalten bleiben

Der MRBB hat gemeinsam mit der Fachgruppe Migration im Paritätischen Landesverband Berlin und dem Verband für interkulturelle Arbeit VIA Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V. einen öffentlichen Brief an Bürgermeister Wowereit, Senator Nussbaum und den Fraktionsvorsitzenden Müller unterzeichnet. Die Organisationen fordern den Erhalt des Öffentlich Geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) in Berlin.

Eines der größten migrationspolitischen Herausforderungen ist es die Partizipation von Migrant_innen oder Menschen, die aufgrund ihrer Namen, ihres Aussehens oder ihrer familiären Herkunft als solche betrachtet werden, am Arbeitsmarkt zu gewährleisten.

In dem Brief heißt es:

„Für viele Migrant_innen bietet der ÖBS nach jahrelanger Arbeitslosigkeit ohne die geringste Aussicht auf Beschäftigung die Möglichkeit, gesellschaftliche Anerkennung, ökonomische Unabhängigkeit und Selbstwertgefühl durch das Leisten einer sinnvollen Arbeit wiederzuerlangen.“

Der Handlungsspielraum von Organisationen, die migrationspolitisch aktiv sind, wird massiv eingeschränkt, wenn Instrumente der Arbeitsförderung wegfallen. Dies gilt sowohl für die soziale Beratung, als auch für die Sicherstellung von Bildungs- und Freizeitangeboten für Kin-

Erstunterzeichner_innen des öffentlichen Briefes:

*Migrationsrat Berlin-Brandenburg
e.V.*

Fachgruppe Migration im Paritätischen Landesverband Berlin

*Verband für interkulturelle Arbeit
VIA Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V.*

*Migrationsrat Berlin Brandenburg
e.V.*

Migrationsrat Berlin-Brandenburg

Oranienstr. 34
10999 Berlin

TELEFON:
030 / 61658755

FAX:
030 / 61658756

E-MAIL:
presse@mrbb.de

Herausgeber: MRBB e.V.

Redaktion:
Deniz Utlu (du),
Elena Brandalise (eb),
Fakra Fatnassi (ff),
Angelina Weinbender (aw),
Claudia Hahn,
Pavao Hudik

*Texte können verwendet und ver-
vielfältigt werden, sofern die Quelle
angegeben ist.*

Über den MRBB

Der Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB), ein Dachverband mit 76 Mitgliedsorganisationen, versteht sich als Interessenvertretung von „Migrant_innen“ und ihren Angehörigen und setzt sich für ihre rechtliche, soziale und politische Gleichstellung ein. Themen des MRBB sind u.a. Partizipation, Bildung, Medien und Empowerment. Der Newsletter erscheint monatlich und ist als Informationsmedium an alle direkten oder indirekten Mitglieder und darüber hinaus an Multiplikator_innen und Interessierte gerichtet. Für Mitglieder gibt es monatlich einen Redaktionstag, an dem sie ihre Anliegen für den Newsletter thematisieren können. Artikel können unverbindlich an presse@mrbb.de gesandt werden.

www.mrbb.de

der und Jugendliche wie auch für die Nachbarschaftsarbeit. Eine Abschaffung der ÖBS Stellen, träfe nicht nur die Nichtregierungsorganisationen, sondern auch die bezirkliche Sozial-, Kultur- und Infrastruktur im Bereich der Jugend- und

Familienarbeit. Nicht zuletzt in den stark genutzten und erfolgreichen Projekten wie „Nachbarschaftslotsen“, „Nachhilfe und Freizeittreffs für Kinder“, etc.

du / mrbb

Der Brief:

http://www.mrbb.de/dokumente/pressemitteilungen/ÖBS_SPD_31_03_2011_Wowereit.pdf

Untergang des Abendlandes

Immer wieder melden sich besorgte Bürger_innen in Amt und Würde zu Wort und mahnen den Untergang des Abendlandes an, zuletzt der CSU Politiker Seehofer mit seiner menschenverachtenden Äußerung

„Bis zur letzten Patrone“ werde sich die Berliner Koalition dagegen sträuben, dass „wir eine Zuwanderung in das deutsche Sozialsystem bekommen“.

Suggeriert werden die Bedrohung eines „Wirs“ und das Ausbluten des deutschen Sozialsystems. Der Feind macht sich nicht per se am Sozialstatus fest, sondern an Herkunft/ Religionszugehörigkeit, was den Prozess des „Othering“ einmal mehr erleichtert, ob nun in der Zuwanderungs/Asyl- oder der Integrationsdebatte. Schnell werden Forderungen laut, nach demographischer Begrenzung unqualifizierter People of Color, nach zeitlicher Limitierung des Anspruchs auf Sozialleistungen, nach einer Beschneidung ihrer Verfassungsrechte.

Die Beweislast liegt beim / bei der Angeklagten. Zitiert werden gegenteilige Studien, die People of Color bessere Bildungsabschlüsse und einen besseren Integrationsindex attestieren als noch ihrer Elterngeneration bescheinigt werden konnte. Gemahnt wird eine nachgewiesene rassistische Diskriminierung auf dem deutschen Arbeitsmarkt, die hohe

Arbeitslosigkeit unter qualifizierten Akademiker_innen oder die hohe Auswanderungsrate hochqualifizierter People of Color.

Diese Ausführungen sind allesamt richtig. Aber sie bleiben für sich allein genommen der Logik von Gut und Böse verhaftet und zollen den tiefer liegenden strukturellen Bedingungen unseres Arbeitsmarktes und Bildungssystems wenig Beachtung: wo die postfordistische Gesellschaft vorgibt ihrer unqualifizierten Arbeiter_innen zu entbehren, das Bildungssystem indes weiter soziale Auslese betreibt – das deutsche Bildungssystem zählt weltweit zu den sozial selektivsten der westlichen Hemisphäre

Die Denkfigur vom unproduktiven „Schmarotzer“, in der sich heute auf eindrucksvolle Weise Sozialchauvinismus mit Rassismus verknüpft, stellt aber nicht einfach die Verkehrung realer Gegebenheiten und Verantwortlichkeiten dar, sie impliziert auch immer eine Forderung nach Minimierung und Delegitimierung „unwerten Lebens“. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass Seehofer in einer Gewaltmetapher und „Nazi-Rhetorik“ resümiert. *ff*

Link zum Beschluss des Landesaktionsplans gegen Rassismus (LAPgR):

<http://www.mrbb.de/dokumente/positionen/d16-3969.pdf>